

+++ Information 07/17 +++

Treffen mit sächsischen Kollegen

Am 23. und 24.03.2017 fand ein Treffen der Landesvorstände des BSBD Sachsen und Thüringen in Jena statt. Entsprechend unserer Beschlüsse haben auch Vertreter der Ortsverbände Hohenleuben (Jörg Albert) und Gera (Enrico Dietz) an diesem Treffen teilgenommen. Mit Kollegen Rene Selle (Landesvorsitzender BSBD Sachsen) und Kollegen Uwe Allgäuer waren auch die Vorsitzenden der jeweiligen Hauptpersonalräte anwesend. Wir möchten Euch kurz einige Umstände informieren:

Die sächsischen Justizvollzugsanstalten sind voll belegt. Die Gefangenenzahlen steigen. Der BSBD Sachsen geht davon aus, dass die JVA Zeithain entgegen früherer Vorhaben bei der Inbetriebnahme der neuen JVA Zwickau Marienthal nicht geschlossen werden kann und nur die JVA Zwickau (alt) geschlossen wird. Damit wir im westsächsischen Raum ein hoher Personalbedarf bei Eröffnung der neuen Anstalt bestehen, die Kollegen aus Thüringen werden in Zwickau gebraucht. Der Neubau der JVA Zwickau Marienthal spielt in Sachsen derzeit nahezu keine Rolle, ein Fertigstellungstermin ist auch dort nicht bekannt, das Ministerium hält sich mit Informationen ebenfalls zurück. Allerdings sei festgestellt worden, dass die Entsorgungskosten noch höher ausfallen werden und sich der Bau weiter verzögern könne.

Personal: In Sachsen erfolgen derzeit Einstellungen im AVD in größerem Umfang auf Grund steigender Belegungszahlen und in Folge besonderer Vorkommnisse. Der früher bestehende Stellenabbaupfad wurde gestoppt und zusätzliche Stellen, vor allem im AVD geschaffen. Die Bewerberlage ist allerdings schlecht, so dass trotz Abstrichen bei der Auswahl nicht alle Stellen besetzt werden können. Im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst gibt es **keine getrennten Laufbahnen**, allerdings werden **in der Verwaltung überwiegend Tarifbeschäftigte** eingesetzt. Auch die **Fachdienste** bestehen überwiegend aus **Tarifbeschäftigten**. Die **Stellenbewirtschaftung** erfolgt im mittleren Dienst durch die Anstalten, es gibt **keine Dienstpostenbewertung**. **Beförderungen** sind nicht an zentrale Termine gebunden und können vorgenommen werden, wenn Stellen frei sind. Dadurch ist das **Beförderungssystem transparenter**. Es gibt aber leider auch in Sachsen Kollegen, die mit dem **Eingangsamtsamt in den**

Ruhestand versetzt werden. **Versetzungen** gegen den Willen der Beschäftigten sind in Sachsen entgegen früherer Jahre nicht mehr üblich, da die Folgen (Arbeitszufriedenheit, Krankenstand usw.) beim Dienstherrn bekannt geworden sind und aus früheren Fehlern gelernt wurde. Die sächsischen Kollegen gehen daher nicht davon aus, dass Abordnungen von dann ehemaligen Thüringer Kollegen von der JVA Zwickau ohne ihre Zustimmung an andere Justizvollzugsanstalten erfolgen werden. Dies ist auch bei sächsischen Kollegen kaum noch der Fall.

Beihilfe: Das Beihilfesystem ist mit dem Thüringer System vergleichbar. Es gibt aber auch Unterschiede. In Sachsen erfolgt ein jährlicher Einbehalt von 40,00 Euro (wird von den Leistungen abgezogen). Positiv ist allerdings, dass in Sachsen der Beihilfesatz von 70% für Beamte mit zwei Kindern auch dann erhalten bleibt, wenn die Kinder volljährig werden.

Besoldung: Das Grundgehalt ist in Sachsen in den meisten Besoldungsgruppen etwas höher. Auf die beigefügte Datei verweisen wir. Die Zulagen (Familienzuschlag, Stellenzulagen, Familienzuschlag) sind nahezu gleich.

Wie geht's weiter?

Wir haben vereinbart, uns zunächst jeweils in unserem Land für eine zeitnahe Erarbeitung von Eckdaten für die Verwaltungsvereinbarung zum Personalübergang einzusetzen. Der BSBD Sachsen will sich dann über die Personalvertretung bei seinem Ministerium für den Abschluss einer Dienstvereinbarung einsetzen, die einen weitgehenden Ausschluss von Versetzungen ehemals Thüringer Beamter an andere sächsische Anstalten und eine weitgehende Garantie einer dienstlichen Verwendung in Zwickau enthalten soll. Über die Besetzung der Dienstposten in neu gebauten Anstalten hat in Sachsen in der Vergangenheit eine Kommission zu der auch die Personalvertretung gehört hat, entschieden. Gemeinsam werden wir uns für eine paritätische Besetzung einer solchen Kommission einsetzen, um die Interessen unserer Kollegen zu vertreten.

Wir haben beschlossen, unsere Zusammenarbeit weiter fortzusetzen und uns erneut zu treffen. Gerne werden wir auch Eure konkreten Fragen ansprechen. Für weitere Auskünfte stehen wir Euch natürlich zur Verfügung.

Der Landesvorstand